

Eckert & Ziegler AG, Robert-Rössle-Straße 10, D-13125 Berlin

vorab per Telefax: 0531 470 2970

An den  
Fraktionsvorsitzenden der CDU  
im Rat der Stadt Braunschweig,  
Herrn Klaus Wendroth  
Platz der Deutschen Einheit 1  
**D-38100 Braunschweig**

**Eckert & Ziegler**  
**Strahlen- und Medizintechnik AG**

Robert-Rössle-Straße 10  
D-13125 Berlin  
www.ezag.de

**Dr. Andreas Eckert**  
Vorstandsvorsitzender

Telefon +49 (0)30 941084-140  
Telefax +49 (0)30 941084-220  
e-mail andreas.eckert@ezag.de

Berlin, den 13.02.2012

### **Modernisierungsneubau in Braunschweig Thune**

Ihr Schreiben vom 31. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Wendroth,

vielen Dank für Ihre Nachfrage zu den Details unseres Bauvorhabens. Auch wenn wir ebenfalls das Gefühl hatten, dass im Rahmen des Expertenhearings über viele Aspekte gesprochen wurde, haben Sie sicherlich Recht, dass der ursprüngliche Anlass der Anhörung, nämlich die Details unseres Bauantrages, nicht ausreichend erörtert werden konnte.

Dies lag mit an dem allgemein gehaltenen Thema, das sich auf die „Risiken der Verarbeitung von umweltgefährdenden Stoffen, insbesondere strahlender Abfallstoffe in der Nähe von Wohngebieten“ bezog und damit nicht ausschließlich auf unsere Aktivitäten im Bereich der Konditionierung radioaktiver Abfälle zielte.

Vor allem aber lag es an den im Vorfeld massiv verbreiteten Fehlinformationen. BISS und Robin Wood hatten wahrheitswidrig behauptet, dass die Betriebe in Wenden-Thune gegen Grenzwerte verstoßen und die Bevölkerung durch ihren Umgang mit schwach-radioaktiven Stoffen gefährden. Insofern musste es bei meinem Vortrag in erster Linie darauf ankommen, den Ängsten entgegenzutreten, die im Wesentlichen auf der Unterstellung beruhen, dass durch den Umgang mit schwach-radioaktiven Abfällen am Standort Thune Gesundheitsgefährdungen bestehen könnten oder ein unbeherrschbares Risikopotenzial gegeben wäre.

Wie zu erwarten war, haben die beim Hearing anwesenden Experten den unbegründeten Vorwürfen der BISS widersprochen und unsere Argumentation bestätigt. So wurde von den Vertretern des **Gewerbeaufsichtsamts Braunschweig** sowie des **Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NWKLN)** erklärt, dass am Standort keine auffälligen Strahlenwerte zu beobachten sind, und alle Grenzwerte und strahlenschutzrechtlichen Vorschriften

Vorstand  
Dr. Andreas Eckert (Vorsitzender)  
Dr. Edgar Löffler  
Dr. André Heß

Aufsichtsrat  
Prof. Dr. Wolfgang Maennig  
(Vorsitzender)

Sitz Berlin  
Amtsgericht Charlottenburg  
Reg.-Nr. HRB 64997  
USt.-ID-Nr. DE 190888900

Bankverbindung  
Commerzbank AG Berlin  
Bankleitzahl 12040000  
Konto-Nr. 0400788

eingehalten werden. Des Weiteren hat Frau Dr. Bruns-Philips vom Niedersächsischen Landesgesundheitsamt bekräftigt, dass es keine erhöhten Krebsraten in unmittelbarer Umgebung des Standortes gibt. Wir sind somit zuversichtlich, dass auch die staatsanwaltlichen Ermittlungen ins Leere laufen werden.

Nun zu den Einzelheiten Ihrer Anfrage:

## 1. Geschäftsfelder und Unternehmen am Standort Thune

Das auf schwach-radioaktive Stoffe spezialisierte Berliner Unternehmen Eckert & Ziegler Strahlen- und Medizintechnik AG hat im Jahre 2009 die Firma nuclitec GmbH (heute Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH), erworben. Bis zu diesem Zeitpunkt gehörte diese Firma einem Finanzinvestor, der nicht an einem längerfristigen Engagement in diesem Unternehmen interessiert war.

Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH war bis zu diesem Zeitpunkt in drei Geschäftsbereiche gegliedert, deren gemeinsames Bindeglied der Umgang mit schwach-radioaktiven Stoffen war. Neben der Herstellung industrieller Strahlenquellen (heute Geschäftsbereich Isotope Products) und der Herstellung radiopharmazeutischer Medikamente (heute Geschäftsbereich Radiopharma) gab es einen vergleichsweise kleinen Bereich, der sich mit der Konditionierung von schwach radioaktiven Abfällen (heute Geschäftsbereich Umweltdienste) beschäftigte.

Die Übernahme durch Eckert & Ziegler erfolgte mit dem klaren Ziel, den Standort mit seinen hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu erhalten, die Anlagen zu modernisieren und die Geschäftsaktivitäten am Standort Thune langfristig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund erfolgte eine Anpassung der Firmenorganisation an die seit langem praktizierte Konzernstruktur der Eckert & Ziegler AG, die sich durch eine produktgruppenspezifische Segmentierung auszeichnet. So wurde bereits zum Jahreswechsel 2010/2011 der Bereich Radiopharma aus der **Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH (EZN)** in die **Eckert & Ziegler Radiopharma GmbH (EZR)** ausgegliedert. Gleiches geschieht z. Zt. mit dem Geschäftsbereich Umweltdienste, der in die **Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH (UWD)** überführt wird. Die bisherige EZN konzentriert sich damit zukünftig ausschließlich auf die Produktion industrieller Strahlenquellen. Im Ergebnis wird es am Standort Braunschweig zukünftig drei Eckert & Ziegler Unternehmen geben, die jeweils den Konzernbereichen Isotope Products, Radiopharma und Umweltdienste zugeordnet sind. Im Geschäftsbereich Umweltdienste gibt es daneben ein weiteres Unternehmen, die **Kompetenzzentrum für sichere Entsorgung GmbH** mit Sitz in Berlin (nachfolgend **KSE**), die sich mit der Beratung und Durchführung von Entsorgung auf Liegenschaften Dritter kümmert.

Die verschiedenen Neugründungen oder neuen Firmennamen sind also kein Grund zur Beunruhigung. Sie erklären sich aus der Struktur des Konzerns.

Alle drei Unternehmen, also EZR, UWD und KSE, nutzen für die Abwicklung ihrer Geschäfte die bei der Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH vorhandene strahlenschutzrechtliche Umgangsgenehmigung, besitzen selber aber keine eigene. Eine Haftungslücke ist daher trotz der Segmentierung in verschiedene Firmen ausgeschlossen, da gesetzliche Rückstellungen für strahlenschutzrechtliche Ri-

siken und die gesetzlich vorgeschriebene Deckungsvorsorgeversicherung nach wie vor ordnungsgemäß über die Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH sichergestellt sind.

## 2. Situation und Entwicklung des Bereichs Umweltdienste

Der Bereich Umweltdienste beschäftigt sich mit der Konditionierung von radioaktiven Abfällen aus Medizin, Forschung und Industrie. Dabei geht es zum großen Teil darum, radioaktiv kontaminierte Stoffe (also angestaubte oder anderwärtig verunreinigte Materialien) mit physikalischen Methoden soweit zu reinigen, dass ihr Gehalt an Radioaktivität dem natürlich vorkommenden Niveau entspricht (Dekontamination und anschließende Freigabe). Sofern dies nicht möglich ist, müssen die Materialien sicher verpackt und gelagert werden (Konditionierung und Zwischen- bzw. Endlagerung). Der Umgang mit diesen radioaktiven Abfällen wird dabei genauso wie der Umgang mit radioaktiven Rohstoffen durch die Strahlenschutzverordnung geregelt und die Durchführung durch das Gewerbeaufsichtsamt überwacht.

Im Vergleich zu den Aktivitätsmengen, die bei der Produktion von Strahlenquellen (Geschäftsbereichen Isotope Products) oder radioaktiven Medikamenten (Radiopharma) anfallen, sind die Aktivitätsmengen bei der Konditionierung radioaktiver Abfälle nur sehr gering. Dafür sind jedoch Massen und Volumina beträchtlich. Die niedrige spezifische Aktivität (also das Verhältnis von Masse zu Aktivität) ist der Tatsache geschuldet, dass schwach-radioaktiver Müll meist nur mit Spuren von radioaktiven Stoffen kontaminiert ist, und dass es zur effizienten Behandlung dieses Mülls sinnvoll ist, größere Massen zu sammeln.

Gegenwärtig verteilen sich die vorhandenen Mengen radioaktiver Stoffe am Standort Braunschweig hinsichtlich Aktivität und Masse wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	Aktivität	Masse
Rohmaterial, Zwischen- und Fertigprodukte in den Geschäftsbereichen Isotope Products und Radiopharma	95%	kleiner 50 kg (einschließlich Kapselmaterial)
Abfälle im Geschäftsbereich Umweltdienste	5%	1.100.000 kg

Die Verhältnisse sind typisch und zeigen, dass von der Konditionierung radioaktiver Abfälle kein besonderes Gefährdungspotential ausgeht, da die verarbeiteten spezifischen Aktivitäten weit unter denen bei der Produktion von Medizinprodukten (Radiopharma) und der messtechnischen Komponenten (Isotope Products) liegen.

Wesentlicher Zweck der Tätigkeit im Bereich Umweltdienste ist also die Massen- und Volumenreduktion durch Sortieren, Shreddern, Pressen, Recyceln, Trocknen und Einbetonieren, um damit ein der jeweiligen Aktivität angepasstes und leicht zu entsorgendes Abfallgebilde herzustellen und um nicht radioaktive Bestandteile über normale Entsorgungswege freigeben zu können. Dabei ist es für das Gefährdungspotential unerheblich, aus welchen Herkunftsquellen, also Medizin, Forschung oder Industrie (auch kerntechnische Anlagen) das zur Konditionierung angenommene Material stammt.

In diesem Zusammenhang weisen wir erneut darauf hin, dass in Thune kein „Atommüll“, also Kernbrennstoffe, verarbeitet werden, sondern nur die beim Umgang mit diesen Materialien anfallenden Sekundärabfälle. Bei allen Projekten wird es auch zukünftig nur um Materialien gehen, die als schwach-radioaktiv zu klassifizieren sind und damit in den Bereich der bestehenden strahlenschutzrechtlichen Genehmigung fallen.

Insofern verbleibt es bei der bereits im Rahmen der ersten Veränderungssperre getroffenen Aussage (siehe unser beigefügtes Schreiben vom 03.06.2010 an den Bau- und Umweltschutzdezernenten, Herrn Zwafelink), dass wir keine qualitative Ausweitung der strahlenschutzrechtlichen Genehmigungen anstreben.

Das Wachstum des Geschäftsbereichs Umweltdienste erfolgt zum Großteil bei den Dienstleistungen (Beratung, Planung, Koordination, Vorbereitung von Genehmigungsanträgen für Dritte, Erstellung von Dokumentationen) und hat absehbar **keine Erhöhung der Inanspruchnahme der Infrastruktur in Thune** zur Folge. Die Geschäftsausweitung stützt sich vielmehr darauf, das vorhandene Know-how bei der Konditionierung radioaktiver Abfälle an den Standorten unserer Kunden einzusetzen und ggf. auf die Kompetenzen und Anlagen von externen Dienstleistern zurückzugreifen. Insofern wird der ganz überwiegende Anteil der Konditionierungsaktivitäten in Thune auch zukünftig aus der eigenen Produktion und aus dem bisherigen Stammgeschäft stammen.

Ein typischer Großauftrag zur Behandlung und Entsorgung von Stahlschrott, der die Umweltdienste momentan auslastet, mag die Wertschöpfungsarten und -orte verdeutlichen. Insgesamt geht es um 1.500 Tonnen Metallschrott verschiedener Herkunft aus einem Kernkraftwerk, also fast die gesamten „Kleinteile“, die außer den Großkomponenten (biologischer Schild, Wärmeaustauscher, etc.) bei einem Rückbauprojekt anfallen. KSE fungiert für diese Materialien als Generalunternehmer und kümmert sich um die Planung, die Auswahl und Koordination von Spezialfirmen, die Anmeldung bei Genehmigungsbehörden, die Organisation von Transporten, die Dokumentationen, die Abrechnungen und vieles mehr. In diesen Dienstleistungen liegt dabei der größte Teil der Wertschöpfung, nicht in der realen Handhabung von Stoffen durch EZN. Sie fällt eher bescheiden aus.

Auf dem Gelände des Kernkraftwerkes, auf dem die Metalle zerlegt, sortiert und klassifiziert werden, füllt das Ausgangsmaterial etwa 150 20-Fuss-Standardcontainer. Sie gehen aber nicht nach Braunschweig, sondern werden vom Gelände des Energieversorgers von KSE **direkt** zu verschiedenen Spezialisten dirigiert, in diesem Fall zu einem Schmelzbetrieb, der kontaminiertes Metall für die Herstellung von neuen Abschirmungen oder von Transportbehältern nutzt. Nur kleine Teile der Schlacke oder andere nicht wieder verwendbare Reststoffe kommen zur Konditionierung von dort zurück oder werden direkt von EZN angenommen, in fünf Jahren aber insgesamt **nicht mehr als maximal 20 Konradcontainer**. Im Verhältnis zu den sonstigen Ingenieur-, Planungs- und Koordinationsleistungen ist die Wertschöpfung durch die reale Handhabung von Stoffen bescheiden.

Selbst wenn die Umweltdienste zehn Kernkraftwerke gleichzeitig rückbauen würden (was aufgrund der Wettbewerbssituation und der sich über mindestens 25 Jahre streckenden Rückbauzeiten unwahrscheinlich ist), würde das Gesamtvolumen in Braunschweig (200 20-Fuss-Container in 5 Jahren) weniger als einen Container pro Woche ausmachen. Wobei diese Container wohlgerne nicht

in Braunschweig verbleiben, sondern nach ihrer Konditionierung den Standort wieder verlassen, etwa zurück auf das Gelände des Energieversorgers.

### **3. Notwendigkeit der baulichen Erweiterung**

Die Messung, Behandlung, Konditionierung und Verpackung der Abfälle wird gegenwärtig auf dem von der Fa. GE Healthcare Buchler angemieteten Betriebsgelände der Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH unter beengten Bedingungen durchgeführt. Die genutzte Bausubstanz und die verwendeten Anlagen wurden seit vielen Jahren nicht modernisiert, insbesondere deswegen, weil der Finanzinvestor, vom dem die Eckert & Ziegler AG die Gesellschaft im Jahr 2009 übernahm, seinen Schwerpunkt weniger in einer langfristigen Betriebsentwicklung als vielmehr in einer kurzfristigen Ertragsmaximierung sah.

Die beengten Platzverhältnisse führen heute zu einem erheblichen Aufwand bei der Handhabung (ständiges Umräumen) und bei der Sicherstellung des betrieblichen Strahlenschutzes. Darüber hinaus führt die begrenzte Lagerkapazität im Bestandsbau dazu, dass die Container auf dem Freigelände bereitgestellt werden müssen, was zu komplizierten logistischen Abläufen führt.

Zur Schaffung der für eine langfristige Standortentwicklung notwendigen räumlichen Voraussetzungen hat Eckert & Ziegler – nach der Aufhebung der ersten Veränderungssperre im Jahre 2010, und im Vertrauen darauf, dort expandieren zu können – das westlich angrenzende und als Gewerbegebiet ausgewiesene Feld käuflich erworben sowie ein Braunschweiger Architekturbüro mit der Planung eines Neubaus beauftragt. Ziel dieses Neubaus ist es, insbesondere für den Geschäftsbereich Umweltdienste räumlich angemessene Bedingungen zu schaffen.

Eine Erhöhung der in den bisherigen Umgangsgenehmigungen zugelassenen Radioaktivität wird dabei wie bereits ausgeführt **nicht angestrebt**. Vielmehr ist für den Neubau durch den Mieter UWD die Beantragung einer neuen Umgangsgenehmigung vorgesehen, die auf maximal 10% der jetzt am Standort erlaubten Umgangsaktivität zielt. Um das Aktivitätsvolumen am Standort nicht zu erhöhen, könnte die bestehende Genehmigung der EZN um diesen Betrag reduziert werden. Ein solcher Schritt würde sicherlich der Vertrauensbildung dienen.

Ein gewünschter Nebeneffekt des Neubaus wäre, dass bisher für die Umweltdienste genutzte Flächen nunmehr für die Geschäftsbereiche Isotope Products und Radiopharma frei werden, so dass eine Lösung für die zukünftige Weiterentwicklung dieser Bereiche geschaffen werden könnte. Die aktuell unbefriedigende Situation resultiert aus der mangelnden Verfügbarkeit geeigneter Büro- und Produktionsflächen auf dem im Eigentum der Firmen GE Healthcare Buchler und Buchler befindlichen Betriebsgelände, auf denen Eckert & Ziegler lediglich Mieter ist.

### **4. Eckdaten des geplanten Neubaus**

Beim geplanten Gebäude handelt es sich um ein monolithisches Bauwerk aus Stahlbeton mit einer Länge von ca. 63 m und einer Breite von ca. 29 m. Der Bau soll mit der Stirnseite zum Gieselweg auf dem etwa 16.000 m<sup>2</sup> großen Gewerbegrundstück, welches sich unmittelbar westlich an den

aktuellen Standort anschließt, errichtet werden. Die Höhe des Gebäudes ist mit ca. 13 m geplant, die Gesamtnutzfläche beträgt 2500 m<sup>2</sup>. Einen Großteil nimmt mit ca. 550 m<sup>2</sup> die Bereitstellungshalle ein, die der vorübergehenden Lagerung von Containern (vor und nach der Bearbeitung) dient, was gegenwärtig auf einer Freifläche des aktuellen Standorts erfolgt. Eine langfristige Zwischenlagerung in der für **maximal 73 Standardcontainer** ausgelegten Halle ist nicht vorgesehen. Dies ist weder bautechnisch noch genehmigungstechnisch vorgesehen, dazu betreibt Eckert & Ziegler das Zwischenlager in Leese.

Weitere Nutzflächen umfassen die Anlieferung mit einer Fläche von 150 m<sup>2</sup>, eine Konrad-Container-Betonierstation mit einer Fläche von 250 m<sup>2</sup> sowie die Bereiche Verpackung, Schleuse und Multifunktionshalle mit jeweils ca. 200 m<sup>2</sup>. Die restlichen Flächen entfallen auf den Pressenbereich, Technik-, Umkleide- und Sozialräume. In einem östlich vorgelagerten, verglasten Anbau (Teil der Gesamtnutzfläche) sind ein Konferenzraum, ein Pausenraum und Büroflächen vorgesehen.

**Neue Bereiche**, die Tätigkeiten jenseits des aktuellen Spektrums ermöglichen, **sind nicht vorgesehen**. Es bleibt also bei den am bisherigen Standort durchgeführten Tätigkeiten des Sortierens, Shredderns, Pressens, Recyclens, Trocknens und Einbetonierens radioaktiver Abfälle.

Die Planung geht davon aus, dass im Neubau insgesamt bis zu 20 Mitarbeiter tätig sein werden, was von der Mitarbeiterzahl her in etwa der bereits jetzt vorhandenen Situation entspricht.

## **5. Umweltauswirkungen durch zukünftige Tätigkeiten im Neubau**

Insgesamt erwartet Eckert & Ziegler durch den beabsichtigten Neubau moderne, dem Stand der Technik entsprechende Arbeitsplätze und Abläufe sowie eine weitere Verringerung der heute schon niedrigen Umweltauswirkungen seines Braunschweiger Betriebsteils.

Weder wird sich durch den Neubau die Art und Menge der jeweils vorhandenen schwach-radioaktiven Stoffe ändern, noch werden die zukünftig angenommenen Stoffe eine neuartige Gefährlichkeit oder Strahlenintensität aufweisen oder außerhalb der gesetzlichen Grenzwerte und Vorschriften liegen. Insofern verbleibt es bei unserer Aussage, dass Eckert & Ziegler mit dem Neubau keine qualitative Ausweitung der Genehmigungssituation beabsichtigt.

Schon jetzt zeigen die Messwerte der Umgebungsüberwachung (eigene Überwachung als auch die Behördenüberwachung Messpunkt 8 vom NLWKN) übrigens, dass in etwa 100 m von unserem Zaun entfernt nur mehr natürliche Strahlung nachgewiesen wird. Die Werte sind seit Jahrzehnten z.B. geringer als der am Schulzentrum gemessene Wert der Überwachungsbehörde. Ursache für die höheren Messwerte am Schulzentrum ist das in der Schule verwendete natürlich strahlende Baumaterial, ein Punkt, der schon in der Anhörung zur Sprache kam und der von BISS / Robin Wood ebenfalls angesprochen wurde (siehe Strafanzeige Punkt „*Fragliche Ermittlung des Nullwertes der Gammadirektstrahlung*“).

Wir verweisen in diesem Zusammenhang nochmals darauf, dass der Neubau nicht nur Vorteile für die Effizienz, den Materialfluss und den Strahlen- und Arbeitsschutz der Mitarbeiter mit sich bringen wird, sondern als Nebeneffekt durch seine Lage, Konstruktion und Funktionalität zu einer weiteren

Verringerung der am Zaun messbaren Ortsdosis führen wird. Insofern errichten wir den Neubau zum Vorteil aller, einschließlich unserer Mitarbeiter und der Bürger von Wenden-Thune und der Stadt Braunschweig.

Zukünftig erwarten wir zudem keine nennenswerte Erhöhung der Transporte durch das Wohngebiet. Im Rahmen der aktuellen Planung rechnen wir damit, dass allenfalls ein zusätzliches Fahrzeug pro Tag den Standort anfahren wird.

Uns ist sehr daran gelegen, eine abschließende Entscheidung im Sinne einer Verneinung der Veränderungssperre und der Aufhebung der Planaufstellungsbeschlüsse zu erhalten, und zwar nicht nur wegen der Umweltdienste, sondern auch wegen der verstärkten Nachfrage nach Produkten aus der Radiopharmazeutika- und Komponentenproduktion, durch die sich in Braunschweig allein in den letzten zwei Jahren bei Eckert & Ziegler die Zahl der Vollzeitstellen von 109 auf 134 erhöht hat.

Eine Veränderungssperre würde nicht nur den strategisch eher zweitrangigen Neubau für die Umweltdienste verhindern, sondern auch sämtliche Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen in den anderen Bereichen und bei den hier ebenfalls ansässigen Firmen GE Healthcare Buchler und Buchler. Wegen der fehlenden Planungssicherheit und einer drohenden Dauerpolitisierung von Bauanträgen wäre die absehbare kurzfristige Konsequenz einer Veränderungssperre, dass nicht etwa die Abfallaufarbeitung, sondern vielmehr die wertschöpfungsintensiven Zuwächse in der Medikamentenproduktion zu anderen Standorten wandern würden, zusammen mit ihren technisch anspruchsvollen Anlagen und Reinräumen sowie den dazugehörigen produktionsnahen Dienstleistungen.

Der guten Ordnung halber weisen wir wie im Jahr 2010 darauf hin, dass eine durch die Veränderungssperre bedingte mittelfristige Abwanderung von GE Healthcare Buchler und Eckert & Ziegler die Zukunft der Firma Buchler GmbH in Frage stellen könnte, da letztere nicht die Möglichkeit hat, auf einen anderen Standort auszuweichen. In Wenden-Thune sind damit etwa 370 hochqualifizierte Arbeitsplätze in Gefahr.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen mehr Klarheit in Bezug auf unser Bauvorhaben und deren Auswirkungen auf die Nachbarschaft gegeben zu haben. Sofern Sie weiterführende Fragen haben, sprechen Sie uns bitte an.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Andreas Eckert  
Vorstandsvorsitzender

Anlage

Eckert & Ziegler AG, Robert-Rössle-Straße 10, D-13125 Berlin

vorab per Telefax:  
0531 470 2957

Hr.  
Wolfgang Zwafelink  
Bau- und Umweltschutzdezernent  
Platz der Deutschen Einheit 1  
D-38100 Braunschweig

Eckert & Ziegler  
Strahlen- und Medizintechnik AG

Robert-Rössle-Straße 10  
D-13125 Berlin  
www.ezag.de

Dr. Andreas Eckert  
Vorsitzender des Vorstands

Telefon +49 (0) 30 94 10 84-140  
Telefax +49 (0) 30 94 10 84-220  
E-Mail andreas.eckert@ezag.de

Berlin, den 03.06.2010

### Erklärung bzgl. des Umgangs mit radioaktiven Abfällen

Die Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH bzw. die mit ihr verbundenen Unternehmen verfügen bisher über folgende strahlenschutzrechtliche Genehmigungen des Gewerbeaufsichtsamts Braunschweig:

1. Umgang mit umschlossenen radioaktiven Stoffen – ausgenommen Kernbrennstoffe – bis zum  $10^{13}$  fachen der Freigrenzen und mit offenen radioaktiven Stoffen – ausgenommen Kernbrennstoffe – bis zum  $10^{11}$  fachen der Freigrenzen. Verwendungszweck: Herstellung und Vertrieb radioaktiver Stoffe und Dienstleistungen für die Bereiche Medizin, Technik, Forschung und Umweltschutz, u.a. Entsorgung und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten (Genehmigung vom 5. Juli 2004 und 3. März 2006).
2. Beförderung von offenen radioaktiven Stoffen mit einer Gesamtaktivität bis zum  $10^8$  fachen der Freigrenze und geschlossene radioaktiven Stoffen mit einer Gesamtaktivität bis zum  $10^{10}$  fachen der Freigrenze.

Die Fa. Eckert & Ziegler erklärt, dass sie und die mit ihr verbundenen Unternehmen – wie in der Vergangenheit – keinen problembehafteten Abfall, also Abfall mit in irgendeiner Form unzulässigen Grenzwerten, von irgendwoher und insbesondere nicht aus der Schachtanlage Asse II aufnehmen, be- oder verarbeiten werden. Sie werden daher keine qualitative Ausweitung der bisher erteilten strahlenschutzrechtlichen Genehmigungen beantragen, sondern lediglich die bisher stattfindenden Arbeiten mit schwach aktiven Abfällen fortführen. Hierbei werden die maßgeblichen Grenzwerte wie bisher konsequent eingehalten und permanent kontrolliert. Eine Verschlechterung der Emissionssituation wird nicht eintreten. Eine quantitative Ausweitung der Arbeiten bleibt möglich.

Die Fa. Eckert & Ziegler wird sicherstellen, dass diese Zusicherung auch von ihren Rechtsnachfolgern eingehalten wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Andreas Eckert

Vorstand  
Dr. Andreas Eckert (Vorsitzender)  
Dr. Edgar Löffler  
Dr. André Heß

Aufsichtsrat  
Prof. Dr. Wolfgang Maennig  
(Vorsitzender)

Sitz Berlin  
Amtsgericht Charlottenburg  
Reg.-Nr. HRB 64997 B  
USt.-ID-Nr. DE 190888900

Bankverbindung  
Commerzbank AG Berlin  
Bankleitzahl 120 400 00  
Konto-Nr. 0 400 788